

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda



Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich Mag. G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Erkennungswort: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus bestmöglichst Mark 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 60 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntagsnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einpaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 138

Dienstag, den 16. Juni 1931.

86. Jahrgang

Tageschau.

Der Reichskanzler empfing am Montagmorgen und -abend die Fraktionsvorsitze der Reichstagsparteien mit Ausnahme der Kommunisten. In den Besprechungen nahmen auch Reichsbankpräsident Dr. Cuhse, Reichstagspräsident Dr. Löbe und die beiden Vizepräsidenten, sowie der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns und Innenminister Severing teil. Die Lage ist noch nicht geklärt. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Sitzung des Reichstags um eine Woche vertagt wird.

Beim Empfang der Gewerkschaftsführer erklärte der Reichskanzler, daß gegenwärtig eine Lockerung der Notverordnung nicht möglich sei, aber er sei bereit, bis zum Herbst, zum Wiederausammentritt des Reichstags, ein Kompromiß vorzulegen. Aber nennenswerte Teile der Notverordnung dürften nicht aufgehoben oder vermindert werden.

Die deutsche Handelsbilanz für Mai ergibt einen Ausfuhrüberschuss von 163 Millionen RM, einsehlich der Reparationslieferungen von rund 200 Millionen RM.

In Paris finden gegenwärtig Verhandlungen über eine Anleihe an Dänemark statt. Der französische Ministerpräsident Clemenceau hat die Prüfung der Frage ein, ob Frankreich und die französische Finanzwelt Dänemark unter gewissen Garantien Anleihen und Darlehen gewähren könne.

Die Königin Wilhelmine von Holland traf Dienstag früh in Begleitung des Prinzgemahls Heinrich und der Kronprinzessin Juliane in Paris ein, um die Internationale Kolonialausstellung zu besuchen.

Dem Kabinett MacDonald droht anlässlich eines liberalen Abänderungsantrags für die Grundsteuervorschläge, denen sich der Schatzkanzler Snowden widersetzt, eine Niederlage im Unterhaus, die voraussichtlich Neuwahlen zur Folge haben würde.

Als erste Großmacht hat die Regierung der Vereinigten Staaten dem Generalsekretär des Völkerbundes für die Abrüstungskonferenz genaue Mitteilungen über den heutigen Stand der amerikanischen Rüstungen zu Wasser und zu Lande und in der Luft übermittelt.

Die Zahl der Todesopfer beim Untergang des französischen Bergungsdampfers „St. Philibert“ wird auf über 400 geschätzt.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Der Endkampf um die Einberufung des Reichstags.

Jugendsicht Situation. — Über die Verhandlungen gehen weiter.

Berlin, 16. Juni. (Eigene Meldung.) Der Kampf zwischen dem Kanzler und den Parteien um die Frage der Einberufung oder Nichteinberufung des Reichstages scheint gestern in den späten Abendstunden seinen Höhepunkt gefunden zu haben. Das Bild hat den Tag über und selbst im Laufe des Abends noch mehrfach gewechselt, und selbst eine Stunde vor Mitternacht läßt sich noch nichts sagen, wie die Entscheidung fallen wird. Der Kernpunkt der Situation liegt jetzt darin, daß sich bei den Sozialdemokraten eine außerordentlich starke Mißstimmung bemerkbar macht, die damit begründet wird, daß der Kanzler ihren Vertretern nicht die erwünschten Zugeständnisse gemacht hat. Der sozialdemokratische Fraktionsvorsitz hat bis in die späten Abendstunden hinein getagt und ist nun zu dem Ergebnis gekommen, daß der Fraktion, die heute früh zusammentritt, nur Bericht erstattet und ihr die Entscheidung überlassen werden soll. Das bedeutet nach der Auffassung parlamentarischer Kreise zweifellos eine Verschärfung der Situation. Von führender sozialdemokratischer Seite wird uns erklärt, daß es vollkommen ungewiß sei, welchen Beschluß die Fraktion fassen wird. Man neigt in sozialdemokratischen Kreisen aber doch mehr der Auffassung zu, daß die Fraktion sich für die Einberufung des Reichstages entscheidet.

Angeichts dieser Situation hat der Kanzler dann in späteren Abendstunden einen neuen Versuch unternommen, doch noch mit der Sozialdemokratie zu einer Verständigung zu gelangen und es scheint, daß er auch die Führer des rechten Flügels der hinter ihm stehenden Parteien zugezogen hat. Gegen 11 Uhr ist der sozialdemokratische Fraktionsführer Breitscheid noch zu ihm gekommen. Die Sozialdemokraten legen, wie wir bereits früher mitteilten, den allergrößten Wert darauf, namentlich die Herausnahme der jugendlichen Arbeitslosen aus der Fürsorge zu verhindern. Wie weit sich dazu Möglichkeiten bieten, ob etwa auf diese Weise, daß ein Teil der

Krisensteuer für diese Zwecke abgezweigt wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. In Kreisen der Reichsregierung wird ebenfalls zur Kennzeichnung der Lage Wert auf die Feststellung gelegt, daß die Verhandlungen weitergehen und damit durchaus noch Möglichkeiten zu einer Verständigung bestehen. Ob diese Auffassung sich verwirklicht, indem die Parteien ihrerseits die Hand zu einer Verständigung bieten, das wird sich schließlich erst am Dienstag zeigen. Die Landvolkpartei, deren Führer gestern abend spät ebenfalls noch beim Kanzler gewesen ist, tritt bereits um 8 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die DDP. um 1/2 9 und um 9 Uhr folgt dann die Sitzung der Sozialdemokraten, von der die wichtigste Entscheidung abhängt. In parlamentarischen Kreisen formte man gestern abend noch die Vermutung, daß die Entscheidung des Kabinetts unter Umständen noch einmal um acht Lage verschoben wird. Maßgebende Kreise wünschen jedoch, schon mit Rücksicht auf die Situation unserer Wirtschaft, wenn irgend möglich bereits am Dienstag zu einem Ende der hin und her schwankenden Verhandlungen zu kommen.

Der Empfang der Fraktionsvorsitze durch den Reichskanzler.

Hierüber wird folgende offizielle Meldung ausgegeben: Berlin, 15. Juni. Reichskanzler Dr. Brüning empfing am heutigen Nachmittag und Abend in der Reichskanzlei im Beisein der Reichsminister teils in gemeinsamen, teils in getrennten Besprechungen die Fraktionsvorsitze der Zentrumspartei, der DDP., der Wirtschaftspartei, des Chr. Soz. Volksdienstes und der konservativen Volkspartei, des Landvolks, der Bayerischen Volkspartei, der Staatspartei, der sozialdemokratischen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei und der NSDAP. In sämtlichen Besprechungen nahmen Reichsbankpräsident Dr. Cuhse und mit Ausnahme der Empfänger der beiden letztgenannten Vorstände, auch Reichstagspräsident Löbe mit den Vizepräsidenten Esser und v. Kardorff und der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns mit Innenminister Severing teil.

In sämtlichen Besprechungen betonte Reichskanzler Dr. Brüning mit Nachdruck, daß die Reichsregierung an alle geliebten politischen Gruppen des Reichstags den vaterländischen Appell richten müsse, in der morgigen Kabinettsratssitzung den Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags abzulehnen. In eingehender vertraulicher Aussprache wurden alle Gründe, die für Reichsregierung und Reichsbankpräsident entscheidend sind, dargelegt und erörtert. Beschlüsse wurden naturgemäß nicht gefaßt, die Fraktionsvorsitze übernahmen es, die amtlichen Darlegungen zur Kenntnis ihrer Fraktionen zu bringen.

Über die Besprechung mit den Sozialdemokraten meldet das Nachrichtenbüro des B. D. Z.:

Reichskanzler Dr. Brüning hatte am Montagabend in Gegenwart der Minister Dietrich und Stegerwald, sowie des Reichsbankpräsidenten Dr. Cuhse, des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns und des Reichstagspräsidenten Löbe eine neue Besprechung mit den sozialdemokratischen Fraktionsführern. Für die Sozialdemokraten waren die Abg. Wels, Breitscheid, Herz, Hilferding und Kufhäuser erschienen. Wie das Nachrichtenbüro des v. d. h. hört, verhielt sich der Reichskanzler auch der Forderung auf Einberufung des Haushaltsausschusses gegenüber unbedingt ablehnend.

Er wiederholte, daß ein Beschluß auf Reichstagsgebirgung die Demission des Kabinetts zur Folge haben müsse. Ebenso wie den Gewerkschaften erklärte der Reichskanzler auch den sozialdemokratischen Führern, daß gegenwärtig eine Lockerung der Notverordnung nicht möglich ist. Er sei aber bereit, im Oktober in persönliche Besprechungen einzutreten, um bis zum Wiederausammentritt des Reichstages ein Kompromiß vorzulegen, wenn eine sichere Mehrheit dafür vorhanden sei. Der Reichskanzler ließ aber keinen Zweifel darüber, daß nennenswerte Teile der Notverordnung nicht aufgehoben oder verändert werden dürften.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Berlin, 15. Juni. Am Montagmittag fand eine dreistündige Aussprache zwischen Gewerkschaften und Reichsregierung statt. Die Reichsregierung war vertreten durch Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dietrich und Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. Von den Gewerkschaften waren u. a. Degener vom freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsring, Otto von den christlich-nationalen Gewerkschaften und Beipart von den freien Gewerkschaften als Wortführer anwesend. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen auf die sozialen Ungerechtigkeiten der Not-

verordnung im allgemeinen und auf die besonders ungerichte Lastenverteilung bei der Krisensteuer hin. Sie wandten sich ferner gegen die untragbaren Nachteile, die der an sich schwer leidenden Erwerbslosen erwachsen, nicht zuletzt auch den Jugendlichen, die bis zum 21. Lebensjahr überhaupt nicht von ihren Rechten aus der Versicherung Gebrauch machen dürften. Auch die Ausnahmebelastung der Behördenangehörigen und der sogenannte Tarifstreik durch die Notverordnung waren Gegenstand lebhafter Aussprache. Ferner fand die Streichung der Lohnsteuerrückstellungen und die Erhaltungspflicht für gewährte Krisenunterstützung Erwähnung. Hier wurde betont, daß diese Maßnahmen besonders die Armen der Armen treffen.

Reichskanzler Dr. Brüning erkannte, wie der Gewerkschaftliche Pressedienst mitteilt, die schwere Belastung der durch die Gewerkschaften vertretenen Arbeitnehmer an, hob aber hervor, daß der Erlass der Notverordnung wichtigen Staatsnotwendigkeiten entspreche. Die Notverordnung müsse am 1. Juli unbedingt in Kraft treten. Er sei aber zu Unterhandlungen bereit und hoffe, bis zum Wiederausammentritt des Reichstages am 18. Oktober zu einer Verständigung bzw. zu einem Gesamtkompromiß zu kommen.

Degener vom freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsring richtete an den Reichskanzler u. a. die Forderung, daß die Reichsregierung dahin wirken möchte, daß der erzwungenen radikalen Gehalts- und Lohnkürzung eine ebenso radikale Preisangleichung folge.

Der Reichskanzler sagte die entsprechend schärfere Anwendung der Kartellverordnung zu.

Auf eine weitere Frage Degeners brachten die Mitglieder der Reichsregierung zum Ausdruck, daß weitere Notverordnungen nicht beabsichtigt seien.

Die Reichstagsgebirgung abgelehnt.

Die Sozialdemokraten begnügen sich mit dem Haushaltsausfluß.

Berlin, 16. Juni, mittags 1 Uhr. (Eig. Drahtb.) Im Kabinettsrat wurde Dienstag mittags die vorzeitige Einberufung des Reichstagsplenums gegen die Stimmen der NSDAP., Deutschnationalen, KPD., Wirtschaftspartei und Landvolk abgelehnt, da die Mandatszahl dieser Parteien nicht die Hälfte der Reichstagsitze, nämlich 289, erreichte. Die SPD. beantragte die Einberufung des Haushaltsausschusses zur Beratung über die Abänderung der Notverordnung. Die KPD. und NSDAP. behielten sich ihre Stellungnahme zu diesem Antrag vor. Infolgedessen vertagte der Kabinettsrat die Entscheidung über die Einberufung des Haushaltsausschusses bis heute abend 6 Uhr.

Die Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten bilden zusammen eine Mehrheit des Reichstages, sie können also die Einberufung des Ausschusses durchsetzen, falls sie alle drei für den Antrag stimmen.

Beschlüsse der Deutschnationalen.

Berlin, 15. Juni. Die deutschnationale Pressestelle teilt mit: Die Fraktionen des Reichstages und des Landtages und die Vorsitzenden der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei traten am Montag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammen. Das Ergebnis der Besprechung fand in folgenden Beschlüssen Ausdruck:

Die Deutschnationale Volkspartei verlangt die Einberufung des Reichstages. Die Ablehnung dieses Antrages ist ein ausdrückliches Bekenntnis zur Mitschuld an der gegenwärtigen schweren deutschen Krise. Die Reichstagsfraktion verlangt die Aufhebung der beiden Notverordnungen vom 28. März und 5. Juni 1931. Die eine Notverordnung soll die Eintreibung der unmöglichen Tributlast sichern, die andere wird zur Unterdrückung der berechtigten nationalen Erregung mißbraucht, wie die empörende Beurteilung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Kleiner zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe zeigt. Der vom Reichsfinanzminister angelegte Plan des Kabinetts, von dem Mittel des Young-moratoriums Gebrauch zu machen, wäre der verkehrteste Weg zur Lösung der alles überschattenden Tributfrage. Das wahrscheinliche Ergebnis wäre eine neue auswärtige Anleihe und damit eine neue Fessel und neues Gift für unsere Wirtschaft. Daß die bisherige Außen- und Wirtschaftspolitik den Ruin der Wirtschaft und eine Gefährdung der Währung herbeiführen müssen, hat der Ablauf der